

• BNN

Heroin: FDP steht nicht hinter den Ideen der CDU

Birgit Homburger unterstützt Karlsruher Einrichtung

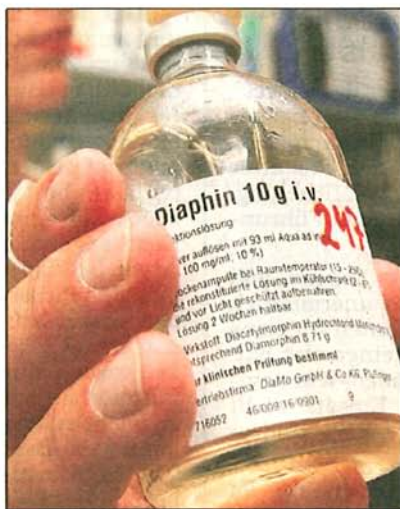
Von unserem Redaktionsmitglied
Wolfgang Voigt

Stuttgart/Karlsruhe. Über die künftige Praxis der kontrollierten Abgabe von künstlich hergestelltem Heroin an Schwerstabhängige bahnt sich in der Stuttgarter Regierungskoalition ein Streit an. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Andreas Hoffmann (Konstanz) hat ein Konzept präsentiert, wonach Diamorphin ausschließlich an den landeseigenen psychiatrischen Zentren oder deren Tageskliniken ausgegeben werden soll. Zudem sollen psychiatrische Therapien obligatorisch sein. Als künftige Standorte bevorzugten Hoffmann und der als Co-Autor zeichnende Chefarzt des Psychiatrischen Zentrums Reichenau, Wolfgang Höcker, die Städte Singen, Ravensburg, Freiburg, Stuttgart, Mannheim, Heilbronn und Ulm. Karlsruhe spielt offensichtlich keine Rolle. CDU-Fraktionschef Stefan Mappus hatte das Papier nach dem Bundestagsbeschluss in Auftrag gegeben. Dem Vernehmen nach soll es in Stuttgart umgehend beraten und beschlossen werden.

Beim Koalitionspartner FDP regt sich jedoch erheblicher Widerstand. „Wir sind für eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung“, machte jetzt FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger im Gespräch mit den BNN deutlich. Ambulante Praxen sollten nicht von vornherein ausgeschlossen werden, sofern sie die notwendige Expertise mitbrächten. Dies hatte auch FDP-Fraktionsvorsitzender Ulrich Noll gefordert. Für „kontraproduktiv“ hielt es FDP-Chefin Homburger, wenn die betroffenen Schwerstabhängigen 50 Kilometer weit fahren müssten, bevor sie ihre Dosis in Empfang nehmen könnten. Während der Zeit des Modellprojekts habe man gesehen, dass es

möglich sei, die Patienten ins Alltagsleben zu integrieren, sagt Homburger. Das CDU-Konzept hingegen erschwere eine soziale und berufliche Integration. Man dürfe nicht riskieren, dass die Junkies weiter verletzten. Zum Standort Karlsruhe erklärte die Landeschefin der Liberalen: „Wenn es hier bisher eine Anlaufstelle gegeben hat, muss es diese auch weiterhin geben.“ Die Betroffenen hätten Vertrauen in die Karlsruher Einrichtung. Homburger kündigte konstruktive Gespräche mit dem Koalitionspartner CDU an. Sie sei optimistisch, dass man zu einer tragfähigen Lösung kommen werde.

Trotz des Grünen Lichts aus Berlin für die streng überwachte Abgabe des künstlich erzeugten Heroins können die Kommunen nicht einfach neue Angebote schaffen. Eine Landesbehörde muss sie grundsätzlich per Verordnung genehmigen. Die im Land zusammen mit der FDP regierenden Christdemokraten sind bei der Beurteilung des Themas tief gespalten. Während sich etwa der Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich ebenso wie sein Parteifreund, der Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther, für die Heroinambulanz stark machten, steht der mächtige Stuttgarter Fraktionschef Stefan



KÜNSTLICH ERZEUGT: Das Heroin in der Karlsruher Ambulanz. Foto: Deck

Mappus dem Projekt skeptisch gegenüber. Nach Angaben seines Fraktionskollegen Andreas Hoffmann hält Mappus die in der Fächerstadt gewonnenen Erkenntnisse für fehlerhaft. Auffallend zurückhaltend äußert sich unterdessen Sozialministerin Monika Stolz (CDU). Die Ärztin, 2006 beim CDU-Landesparteitag in Pforzheim glühende aber unterlegene Verfechterin des Heroin-Versuchs, ließ jüngst mitteilen, man brauche „hochkompetente Einrichtungen“ für die Umsetzung des Berliner Beschlusses.